

Der schwierige Umgang mit zwei Diktaturen in Deutschland

Klaus Schroeder

Deutschland hat im letzten Jahrhundert zwei Diktaturen erlebt. Auf die nationalsozialistische Diktatur, die mit dem Vernichtungskrieg im Osten, dem Holocaust und anderen Verbrechen einen Zivilisationsbruch vollzog, folgte in der sowjetischen Besatzungszone eine sozialistische Diktatur, die der Bevölkerung von der Besatzungsmacht aufgezwungen wurde.

Bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung setzte ein Streit über die Gestaltung einer einheitlichen Gedenk- und Erinnerungskultur ein, die beiden Diktaturen gerecht werden sollte. Im Mittelpunkt der Kontroverse stand und steht dabei die Frage, in welcher Weise und mit welcher Differenzierung mit der nationalsozialistischen und der SED-Diktatur umgegangen werden soll.

Linker und rechter Geschichtsrevisionismus

Viele Ostdeutsche haben Probleme mit dem Terminus „zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert“, weil sie hierdurch die DDR auf eine Stufe mit dem Nationalsozialismus gesetzt sehen. Diese Reaktion auf den Begriff „zwei Diktaturen“ oder „doppelte Diktaturerfahrung“ wie generell die Scheu, Diktaturen, gleich welcher Ausrichtung, von Demokratien zu unterscheiden, ist in erster Linie Resultat fehlender normativer Bewertungsmaßstäbe. Aus der Sicht einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft und ihrer Werteordnung sind alle Diktaturen negative Gegenentwürfe, wenn auch unterschiedlicher Gestalt.

Für den angemessenen Umgang mit den beiden Diktaturen im Sinne einer „doppelten Vergangenheitsaufarbeitung“ sollte neben den normativen Bewertungskriterien, die eine freiheitlich-demokratische, mithin zivile Gesellschaft charakterisieren, Übereinstimmung hinsichtlich grundlegender historischer Tatsachen und Zusammenhänge bestehen:

Ohne die erste von Deutschen errichtete verbrecherische Diktatur, die Deutschland in einen mörderischen Krieg, einen Zivilisationsbruch und schließlich in die bedingungslose militärische und moralische Niederlage stürzte, hätte es weder die zweite Diktatur noch die Teilung Deutschlands gegeben. Die Nationalsozialisten erlangten zudem legal die Macht und errichteten erst dann ihre Diktatur. Zumindest bis zur militärischen Wende im Krieg erfreuten sie sich der Sympathie und Unterstützung einer Bevölkerungsmehrheit.

Die DDR war im Kern ein sowjetisches Protektorat mit wenig Spielraum für eigenständige Politik. Die zu keiner Zeit demokratisch legitimierte Herrschaft lag in den Händen deutscher Kommunisten, die sich nahezu bedingungslos dem sowjetischen Führungsanspruch unterwarfen.

Gegenüber den Verbrechen der Nationalsozialisten erscheinen die im SED-Staat verübten marginal: Die DDR verursachte weder einen Krieg mit Millionen Opfern noch verübte sie einen Massenmord wie den an den europäischen Juden. Gleichwohl sind die Opfer der SED-Diktatur keine Opfer „zweiter Klasse“ und haben – ähnliche Ausgrenzungen und Verfolgungen vorausgesetzt – das gleiche Recht auf Anerkennung und Würde.

Eine Gleichsetzung beider Diktaturen behauptet ernsthaft kein seriöser Wissenschaftler, Publizist oder Politiker. Angebracht und sinnvoll bleibt allerdings nicht nur, aber vor allem mit Blick auf das Ausmaß der Verbrechen die Betonung von Analogien zwischen stalinistischer Sowjetunion und nationalsozialistischem Deutschland – bei allen auch hier gegebenen Unterschieden. Beide strebten nach einer ideologisch verschieden begründeten Weltherrschaft, unterwarfen mit unterschiedlicher Intensität und Dauer sowie unterschiedlichem Erfolg Staat und Gesellschaft der Parteiherrschaft und beide setzten zur Erreichung ihres Ziels terroristische Mittel ein. Der rassistische Vernichtungswahn des NS-Regimes erfolgte systematischer als Unterdrückung und Ermordung in der stalinistischen Sowjetunion. Die Zahl der Opfer war hingegen in beiden Fällen historisch beispiellos.

Beide Diktaturen waren totalitär strukturiert: Die unbeschränkte Macht war in den Händen einer Monopolpartei und ihrer Führung bzw. ihres Führers konzentriert. Auch das Bestreben, eine „neue Gesellschaft“ mit „neuen Menschen“ – einmal rassistisch, einmal klassenmäßig begründet – schaffen zu wollen, zeigt Analogien.

Beide Diktaturen verstanden sich als antibürgerlich, zerstörten bürgerliche Strukturen und deklassierten – in unterschiedlichem Maße – bürgerliche Schichten. Dagegen differierten die Gesellschaften in ihrem jeweiligen Zugriff auf die Wirtschaft, selbst wenn planwirtschaftliche Elemente auch im Nationalsozialismus eingeführt wurden. Doch das Privateigentum blieb dort im Gegensatz zur DDR weitgehend unangetastet.

So unterschiedlich die Ideologien und politischen Ziele auch waren, zeigen die Formen der Uniformierung, Militarisierung und Gleichschaltung der Gesellschaft ähnliche Züge. Untertanengeist wurde hier wie da kultiviert.

Die Diktaturerfahrung prägte die jeweiligen Bevölkerungen allein schon aufgrund der unterschiedlichen Dauer – 12 Jahre gegenüber 45 Jahren – unterschiedlich stark. Auch aus diesem Grund fiel der totalitäre Zugriff der SED auf die Gesellschaft intensiver und nachhaltiger aus.

Die neben dem unterschiedlichen Ausmaß der Verbrechen wichtigste Differenz liegt in der Beseitigung der jeweiligen Diktatur. Die DDR-Bevölkerung löste sich, als die europäischen Rahmenbedingungen dies gestatteten, aus eigener Kraft und ohne Gewalt aus den diktatorischen Zwängen und brachte die Diktatur zu Fall. Im NS-Staat regte sich dagegen auch im Angesicht der drohenden militärischen Niederlage kein nennenswerter Widerstand, so dass das Ende des Nationalsozialismus, anfangs von einer breiten Mehrheit als demoralisierende Niederlage und erst Jahrzehnte später als Befreiung empfunden, durch Truppen der Alliierten erkämpft wurde.

Wird unter vorgenannten Prämissen von den „beiden deutschen Diktaturen“ gesprochen, ist eine differenzierte Betrachtung, die auch in der Erinnerungskultur und den Gedenkstätten Ausdruck finden sollte, sowie eine Nicht-Diskreditierung Ostdeutscher möglich.

Eine differenzierte Sicht auf die beiden Diktaturen, die ihren Gemeinsamkeiten, aber auch den jeweiligen Besonderheiten Rechnung trägt, findet freilich nicht nur Fürsprecher, weil hieran zwei Bedingungen verknüpft sind: die freiheitlich-demokratische Wertordnung als Beurteilungsmaßstab sowie die Verurteilung von Verbrechen unabhängig von Ideologie und politischer Ausrichtung der Täter. Damit kann verhindert werden, dass in der Erinnerungskultur die kommunistischen Verbrechen „übersehen“ oder normativ anders gewichtet werden als die nationalsozialistischen.

Schon zu Lebzeiten Lenins und Stalins zeigten sich viele westliche Linksintellektuelle fasziniert vom Aufbau des Sozialismus/Kommunismus in der Sowjetunion und überboten sich geradezu in Lobpreisungen auf die Diktatoren, deren Terror Millionen Menschen zum Opfer fielen. Pablo Picasso ebenso wie Heinrich Mann oder Stephan Hermlin feierten Stalin an seinem siebzigsten Geburtstag im Dezember 1949 als „Weltfriedensfürsten“. Gewiss, die stalinistische Sowjetunion hatte mit dem Preis unzähliger Menschenopfer das nationalsozialistische Deutschland gemeinsam mit den Westalliierten militärisch besiegt und den Antifaschismus auf ihr Legitimationsschild gehoben, aber die Blutspur des Terrors im kommunistischen Mutterland war schon damals nicht zu übersehen. Dennoch konnte gerade der stalinistisch geprägte Kommunismus – als Religionsersatz oder irdische Heilsbotschaft – eine gewaltige Anziehungskraft entwickeln und Millionen Menschen in seinen Bann ziehen.

Entgegen der von nicht wenigen Linken immer wieder vorgebrachten Behauptung, die Aufarbeitung der SED-Diktatur solle die Verbrechen des NS-Staates relativieren und verharmlosen, geht es in der wissenschaftlichen Debatte ebenso wie in den Auseinandersetzungen um Erinnerungskultur und Gedenkstättenkonzeptionen häufig um die zentrale Frage der Gewichtung der beiden Diktaturen. Hierbei wird angesichts der NS-Verbrechen mitunter eher die Relativierung der SED-Diktatur betrieben.

Bezogen auf die DDR geht es in der Erinnerungskultur keineswegs um eine Verharmlosung der von Deutschen 1933 bis 1945 begangenen Verbrechen, sondern um die angemessene Einordnung des SED-Staates in die deutsche und europäische Geschichte. Selbstverständlich müssen hierbei die fehlende demokratische Legitimation der DDR erwähnt, ihre Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen verurteilt und die Faszination, die totalitäre Ideologien auf Linksintellektuelle ausüben, erklärt werden. Gerade diejenigen, die vor 1989 immer die unzureichende Aufarbeitung des NS-Regimes und die schnelle Integration von Verantwortungsträgern beklagt haben, müssen der Versuchung widerstehen, die Verbrechen des Kommunismus mit seinen vermeintlich hehren Motiven zu entschuldigen.

Erinnerung und Gedenken an die beiden Diktaturen bedeutet mehr als das Eingeständnis von Schuld und Verantwortung. In der Auseinandersetzung mit ihnen geht es immer auch um das Selbstverständnis einer zivilen, mithin bürgerlichen Gesellschaft.

Im Mittelpunkt der Betrachtung sollte dabei - nicht nur in Deutschland - Freiheit stehen bzw. eine freiheitliche Demokratie!

Vom Wert der Freiheit im geteilten Deutschland

Die beiden Deutschlands bildeten gleichsam die Speerspitzen im jahrzehntelangen Kampf der Systeme, den die freiheitlichen Demokratien des Westens bekanntlich gegen die sozialistischen Diktaturen des Ostens gewannen. Je länger die Teilung zurück liegt, desto blasser wird jedoch die Erinnerung, warum das westliche Gesellschaftsmodell überlegen war. Ja, im wiedervereinigten Deutschland besteht heute sogar die Gefahr, dass die Erfolgsrezepte in Vergessenheit geraten.

Als sich die beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 gründeten, waren die Weichen für unterschiedliche politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnungen bereits gestellt. Das Modell Bundesrepublik fußte auf einer freiheitlichen Demokratie mit einer sozialen Marktwirtschaft, das ostdeutsche auf einer sozialistischen Ein-Parteien-Diktatur mit zentralistischer Planwirtschaft. Politiker beider Seiten waren überzeugt, das jeweils eigene System sei dem anderen überlegen und die Bevölkerung des anderen Teils würde, wie von einem Magneten angezogen, zum Konkurrenzmodell überlaufen. Die

Magneten waren – wie im November 1989 deutlich werden sollte – Freiheit und Wohlstand.

So standen sich von 1949 bis 1990 zwei deutsche Staaten gegenüber, die auf konträren politischen Ordnungsprinzipien fußten: Gewaltenteilung versus Gewalteneinheit, föderaler Staatsaufbau versus Zentralstaat, Parteienkonkurrenz versus Einheitspartei und politische Gleichschaltung, Wettstreit der Ideen versus Erkenntnismonopol, Freiheit versus Zwang und Gewaltandrohung sowie einklagbare Grund- und Menschenrechte versus Unterordnung dieser Rechte unter das von der SED definierte angebliche „Wohl des Volkes“.

Den „Wert der Freiheit“ erkannte die ostdeutsche Bevölkerung freilich schon frühzeitig: Vieltausendfach skandierten Demonstranten am 17. Juni 1953 „Wir wollen freie Bürger sein“. Die sowjetische Besatzungsmacht schlug den Volksaufstand brutal nieder; „freie Bürger“ widersprachen ihrem Welt- und Menschenbild. Die SED duldete keine öffentlichen Räume, in denen sich „freie Bürger“ austauschen konnten. Der sozialistische Untertan sollte sich den Weisungen der Partei unterordnen und im sozialistischen Kollektiv aufgehen.

Die kommunistische Partei SED reklamierte für sich die Führungsrolle und eine historische Mission. Sie definierte sich als Vollstreckerin geschichtlicher Gesetzmäßigkeiten. Auf der Tagesordnung standen die Überwindung des Kapitalismus, der Aufbau des Sozialismus und der spätere Übergang zum Kommunismus. In diesem Verständnis war „Freiheit“ allenfalls die Einsicht in die Notwendigkeit historischer Entwicklungsprozesse.

Zu dem kommunistischen Ideal einer politisch und sozial homogenisierten Gesellschaft passten nur Individuen, die sich entsprechend den von der Partei vorgegebenen „gesellschaftlichen Erfordernissen“ verhielten. Durch Einordnung in Kollektive, die die Werte der sozialistischen Gesellschaft hoch zu halten hatten, versuchte die Partei, die Entwicklung der Individuen zu steuern und zu kontrollieren. Die weitgehende Kollektivierung sozialer Beziehungen sollte Konformität auch jenseits repressiver Maßnahmen herstellen. Die SED strebte die ideologische Vervollkommnung des Einzelnen zum „neuen Menschen“ bzw. zur „sozialistischen Persönlichkeit“ an. Die immer wieder propagierte Formel von der Notwendigkeit der „Arbeit mit den Menschen“ stand für einen umfassenden Erziehungsanspruch und damit auch für die Aufrechterhaltung einer Erziehungsdiktatur.

Eine Diktatur über die Bedürfnisse

Margot Honecker, jahrzehntelang für „Pädagogik“ zuständig, lobte das Leben und die Erziehung in Kollektiven mit den Worten: „Wir wollen einen Menschen erziehen, der ein Kollektivmensch unserer Zeit ist, der weit mehr für das gesellschaftliche Leben als für seine persönlichen Interessen lebt.“

Die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung der Gesellschaft erstickte jede private Initiative jenseits staatlicher Vorgaben. Wie in der politischen Sphäre existierte auch in der Wirtschaft kein Wettbewerb. Die von der Kommunistischen Partei gesteuerte zentrale Plankommission gab die Richtung für die Wirtschaftssubjekte detailliert vor. Da eine zentralistische Planwirtschaft keine freie Preisbildung kennt, sondern auf administrative Preise setzt, die bestenfalls zufällig Knappheitsrelationen widerspiegeln, mündet sie zwangsläufig in dem Versuch der „Diktatur über die Bedürfnisse“. Doch dieser Versuch scheiterte in der DDR ebenso wie in den anderen vom sowjetischen Sozialismusmodell geprägten Staaten.

Die Monopolpartei maßte sich sogar an, den Menschen vorzuschreiben, wie sie zu leben hätten, um eine „allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit“ zu werden. Ziel war die Endindividualisierung, die faktisch auf eine Entmündigung hinauslief. Die von Walter Ulbricht auf dem V. SED-Parteitag 1958 verkündeten „zehn Gebote der sozialistischen Moral und Ethik“ enthielten konkrete Verhaltensvorschriften wie zum Beispiel „Du sollst gute Taten für den Sozialismus vollbringen, denn der Sozialismus führt zu einem besseren Leben für alle Werktätigen“.

Versteht man Freiheit in einem umfassenden Sinn als weitestmögliche Ausschaltung von Zwängen, dann war die DDR-Gesellschaft vom Gegenteil geprägt. Zwang und Gewaltandrohung bestimmten hier letztlich das gesamte Leben, auch wenn dies manchem sozialistischen Untertanen im Laufe der Jahrzehnte nicht mehr bewusst war.

Das Verbot von freien Meinungsäußerungen ging sogar so weit, dass nicht einmal die Aussage der offiziell hochgeschätzten Rosa Luxemburg „Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden“ öffentlich vorgetragen werden durfte. Dabei war es Rosa Luxemburg keineswegs um die Freiheit aller Andersdenkenden gegangen, sondern nur um einen gewissen Pluralismus innerhalb der kommunistischen Bewegung.

Im geteilten Deutschland entschied sich der Kampf der gegensätzlichen Systeme. Die Bundesrepublik verstand sich von Beginn an als liberale Demokratie mit sozialstaatlichem Einschlag. Die Freiheit des Einzelnen sollten die im Grundgesetz niedergeschriebenen Individualrechte garantieren. Der ausdrückliche Einbezug von Interessengruppen in den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess kann als institutionelle Garantie des Pluralismus verstanden werden. Gewaltenteilung und föderaler Aufbau des Staates sollten eine Konzentration der Macht unterbinden. Aus den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik resultierte das Modell der sozialen Marktwirtschaft. Einem neo- bzw. ordoliberalen Verständnis entsprechend setzte der Staat einen Ordnungsrahmen, um den freien Wettbewerb der Wirtschaftssubjekte zu ermöglichen, und etablierte einen Sozialstaat, der die Auswüchse einer entfesselten Marktwirtschaft bändigen sollte. Es handelt sich gleichsam um einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Der Sozialstaat als System umfassender Bestimmungen und Strukturen bildete zusammen mit der Gewaltenteilung, der repräsentativen Konkurrenzdemokratie, des Pluralismus sowie der kapitalistischen Marktökonomie die Grundlage für eine moderne westliche Gesellschaft. Durch seine Umverteilungsfunktion schränkt(e) der Sozialstaat zwar die wirtschaftliche Freiheit und damit die Marktergebnisse ein, sichert(e) aber die soziale und politische Stabilität des Gemeinwesens. Wird er jedoch zu stark ausgeweitet, gefährdet er nicht nur seine eigenen materiellen Grundlagen, indem er die Wirtschaftskräfte, von denen er abhängt, schwächt, sondern entmündigt auch die von seinen Leistungen abhängigen Menschen.

Nach Überwindung der kulturellen und mentalen Nachwirkungen des Nationalsozialismus entwickelte sich ab Anfang der 1960er Jahre eine Gesellschaft, die sich den Werten von Freiheit und sozialem Ausgleich verpflichtet fühlte. Schon vor der Jugendrevolte der späten 1960er Jahre setzte sich das Bildungsziel des „kritischen Bürgers“ durch. Warum gerade zu dem Zeitpunkt, als (nicht nur in der Bundesrepublik) Freiheit, Demokratie und Wohlstand für die modernen westlichen Gesellschaften prägend wurden, große Teile der Jugend gegen dieses freiheitlichste System, das je auf deutschem Boden existierte, rebellierten, ist im Nachhinein vielen Akteuren nicht mehr einsichtig und für viele Nachgeborene kaum verständlich.

Angesichts der diametralen Folgen von Überfluss und Mangelwirtschaft entwickelte sich das Verhältnis der Menschen in und zwischen den beiden Deutschlands nicht zueinander und miteinander, sondern auseinander. Soziales Verhalten zur Kompensation alltäglichen Mangels war in der Bundesrepublik seit den 1960er Jahren nicht mehr nötig. Soziale Netzwerke und nachbarschaftliche Beziehungen entstanden über gemeinsame Interessen und Aktivitäten und kaum – wie in der DDR bis zu ihrem Ende – über informelle Tausch- und nachbarschaftliche Arbeitsbeziehungen und gemeinsame Betriebszugehörigkeit.

Während sich in der Bundesrepublik eine „nivellierte Mittelschichtsgesellschaft“ herausbildete, entstand in der DDR nach der Vertreibung großer Teile des Bürgertums ein „Land der kleinen Leute“, die mit bürgerlichen Werten nicht viel anfangen konnten. Die neue sozialistische Elite verdankte ihren Aufstieg der SED, die unbedingte Loyalität und Pflichterfüllung erwartete. Unabhängig davon, wie der Einzelne zum SED-Staat und seinen ideologischen Vorgaben stand, wirkten nach dem Zusammenbruch der DDR bei vielen Menschen soziale Verhaltensstrategien der sozialistischen Diktatur weiter. Vor allem die Vorstellung, ein starker Staat könne alles regeln, wenn er nur wolle, hatte sich in vielen Köpfen festgesetzt. So verwundert nicht, dass bis zum heutigen Tag der Wert der Freiheit unter Ostdeutschen deutlich weniger geschätzt wird als unter Westdeutschen. Ostdeutsche votieren dagegen häufiger für mehr soziale Gleichheit als Westdeutsche.

Über den Wolken mag die Freiheit grenzenlos sein – auf deutschem Boden ist sie es nicht. Trotz staatlicher Einschränkungen bleibt sie das zentrale Prinzip und Lebenselixier für eine zivile Gesellschaft. Doch sie steht nicht alleine für diese Gesellschaft. Mit Blick auf die menschenverachtenden Verhältnisse in der sozialistischen Sowjetunion propagierte Albert Camus, der in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wäre, einen Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit: „Ein einziges Gut wird unablässig vergewaltigt und prostituiert: die Freiheit. Und dann wird man gewahr, dass zugleich mit ihr überall auch die Gerechtigkeit in den Dreck getreten wird. Für uns alle kann heute nur eine einzige Parole gelten, in nichts nachgeben, was die Gerechtigkeit betrifft und auf nichts verzichten, was die Freiheit angeht.“

Ob „Freiheit“ tatsächlich als gesellschaftliches Prinzip wirksam ist, zeigt sich im Umgang der Mehrheit mit Minderheiten. Eine freiheitlich-demokratische, mithin zivile Gesellschaft schützt Minderheiten in besonderer Weise und gestattet das Recht auf Dissidenz. Grenzen der Freiheit setzt nur die Verfassung, die gerade diese Freiheit garantiert. Wer sie aber abschaffen will, muss daran gehindert werden. Allerdings erst dann, wenn verfassungsfeindliche Auffassungen in Aktivitäten umschlagen.

Im geteilten Deutschland entschied sich letztlich der Kampf der gegensätzlichen Systeme. Der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Mikojan betonte schon im Juni 1961 die Bedeutung der DDR hierfür: „Wenn der Sozialismus in der DDR nicht siegt, wenn der Kommunismus sich hier nicht als überlegen und lebensfähig erweist, dann haben wir nicht gesiegt.“ Er sollte Recht behalten. Etwa zwei Monate später begannen der Bau der Berliner Mauer und die vollständige Einbetonierung des SED-Staates; knapp drei Jahrzehnte später brachen erst die DDR und die anderen Satellitenstaaten und dann die Sowjetunion selber zusammen. Die Freiheit hatte über ihre Feinde gesiegt!

Viele Abgeordnete der Linkspartei haben weiterhin Schwierigkeiten diese Zusammenhänge zu sehen und zu akzeptieren. 32 von 39 blieben der Gedenkstunde zum 17. Juni 1953 im Bundestag fern. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Linkspartei setzte die Aufklärungsarbeit des BND mit der „Arbeit“ der Stasi gleich.